

Krösche, Heike

Politische Bildung im Sachunterricht in Österreich. Rahmenbedingungen und offene Lernprozesse als Herausforderung

Becher, Andrea [Hrsg.]; Gläser, Eva [Hrsg.]; Kallweit, Nina [Hrsg.]: *Politische Bildung im Sachunterricht. Potenziale – Positionen – Perspektiven.* Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 41-49



Quellenangabe/ Reference:

Krösche, Heike: Politische Bildung im Sachunterricht in Österreich. Rahmenbedingungen und offene Lernprozesse als Herausforderung - In: Becher, Andrea [Hrsg.]; Gläser, Eva [Hrsg.]; Kallweit, Nina [Hrsg.]: Politische Bildung im Sachunterricht. Potenziale – Positionen – Perspektiven. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 41-49 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-307659 - DOI: 10.25656/01:30765; 10.35468/6107-03

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-307659>

<https://doi.org/10.25656/01:30765>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.klinkhardt.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-Licence: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Heike Krösche

Politische Bildung im Sachunterricht in Österreich: Rahmenbedingungen und offene Lernprozesse als Herausforderung

1 Einleitung: Mündigkeit als Zieldimension

Politische Bildung in der Grundschule hat die Aufgabe, Kinder bei der Entfaltung ihrer *young citizenship* zu unterstützen. Sie sollen ihren politischen Alltag „wahrnehmen, beurteilen, mitgestalten und sich so selbst als politisch denkende und handelnde Subjekte erfahren“ (Baumgardt & Lange 2022, 12). Dementsprechend gilt Mündigkeit auch für politische Lernprozesse in der Primarstufe als zentrale Zieldimension, denn Mündigkeit bedeutet eine Orientierung an den Subjekten (vgl. Autorengruppe Fachdidaktik 2017, 8). Somit sind „Subjektorientierung und die Entwicklung des politischen Selbstkonzeptes der Lernenden“ (Kenner & Lange 2022, 23f.) die zentralen Elemente der Mündigkeitsbildung in der Grundschule.

Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Lehr-Lernkultur politischer Bildung im Sachunterricht, denn Mündigkeit erfordert eine selbstbestimmte Beschäftigung mit politischen Sachverhalten, ohne dass Lernende durch zu eng gefasste oder vorgegebene Lernergebnisse oder -erwartungen in ihren Denk- und Handlungsweisen eingeschränkt werden. Vielmehr ist es nach Wolfgang Sander (2022, 25) sogar wünschenswert, dass die Ergebnisse der Lernenden von denen der Lehrenden abweichen. Dissens und Widerspruch müssen dementsprechend bereits in der Primarstufe den für nachhaltige politische Lernprozesse erforderlichen Raum bekommen (vgl. Kenner & Lange 2022, 25).

Kindern diesen Freiraum zu gewähren und ergebnisoffene Lernprozesse zuzulassen, stellt eine zentrale Herausforderung für politisches Lernen im Sachunterricht dar, denn für die Lehrkräfte bedeutet es, „das Heft des Handelns aus der Hand zu geben“ (Kenner & Lange 2019, 8). Welcher normative Rahmen politischen Lernprozessen in der österreichischen Primarstufe zugrunde liegt und wie Volksschullehrer*innen die skizzierten Anforderungen an politische Bildung beurteilen, steht im Mittelpunkt des folgenden Beitrags. Zu diesem Zweck findet zunächst eine kritische Betrachtung der normativen Rahmenbedingungen für politische Bildung in der Volksschule statt. Daran anknüpfend

werden Einblicke in die Ergebnisse von Leitfadeninterviews mit österreichischen Volksschullehrer*innen gegeben und mit Überlegungen zu ergebnisoffenen Lernprozessen verbunden. Daraus werden schließlich Konsequenzen für die Weiterentwicklung politischer Bildung in der Primarstufe abgeleitet.

2 Normative Rahmenbedingungen

Es gibt in Österreich verschiedene bildungspolitische Dokumente, die politische Bildung in der Primarstufe rahmen. Grundsätzliche Prämissen und Ziele werden durch das „Unterrichtsprinzip Politische Bildung“ vorgegeben, das nicht auf einen Unterrichtsgegenstand begrenzt ist, sondern für alle Schulformen, Schulfächer und Schulstufen gilt (BMBF 2015). Es ergänzt den § 2 des Schulorganisationsgesetzes, in dem die Aufgabe der österreichischen Schule zu demokratischen Grundwerten in Beziehung gesetzt wird (SchOG 1962).

Als erste von insgesamt neun Zielformulierungen des Unterrichtsprinzips wird der Beitrag der politischen Bildung „zu Bestand und Weiterentwicklung von Demokratie und Menschenrechten“ betont (BMBF 2015). Damit verknüpft das Basisdokument schulische politische Bildung mit Demokratiepädagogik und Menschenrechtsbildung und adressiert neben dem Fachunterricht die Entwicklung einer demokratischen Schul- und Unterrichtskultur (vgl. Achour & Wagner 2020, 145). Demokratiebildung wird einerseits dem dahinterstehenden Konzept entsprechend als Querschnittsaufgabe charakterisiert (vgl. Gerdes 2021). Andererseits geht das Dokument über diesen Ansatz hinaus, indem auf das Fördern der im österreichischen Kompetenz-Strukturmodell Politische Bildung ausgewiesenen Kompetenzbereiche (vgl. Krammer 2008) verwiesen wird. In diesem Zusammenhang werden auch das Lernen mit Konzepten und fachdidaktische Prinzipien wie die Subjekt- und Wissenschaftsorientierung erwähnt und schließlich mit dem Beutelsbacher Konsens als normativem Rahmen für die kritische und reflexive Urteilsbildung verknüpft.

Dennoch handelt es sich um eine bildungsprogrammatische Setzung, mit der Verkürzungen insbesondere im Hinblick auf den Fachunterricht zwangsläufig einhergehen, denn die konkrete Ausgestaltung von altersgerechten politischen Lernprozessen bleibt in dem Basisdokument unberücksichtigt. Die Anwendung liegt letzten Endes im Ermessensspielraum der Lehrkräfte, wobei zu bedenken ist, dass in Österreich aktuell zehn verschiedene fächerübergreifende Unterrichtsprinzipien von Seiten des Bundesministeriums vorgegeben sind¹, die neben den Fachlehrplänen beachtet werden müssen. Darüber hinaus ist es zur Umsetzung des

1 vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung; <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/prinz.html> (Abrufdatum: 23.05.2023).

Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“² als fächerübergreifender Aufgabe notwendig, dass Lehrer*innen aller Unterrichtsfächer und Schulformen mit zentralen fachspezifischen Konzepten genauso vertraut sind wie mit den Grundprinzipien des Beutelsbacher Konsens, was aber, wie Jürgen Gerdes (2021) zu Recht anmerkt, nicht vorausgesetzt werden kann.

Da in dem Basisdokument nicht zwischen Schulformen differenziert wird, ist eine Konkretisierung für die Primarstufe durch den Lehrplan für die Volksschule erforderlich. Mit dem Schuljahr 2023/24 tritt ein neuer kompetenzorientierter Lehrplan aufsteigend in Kraft (BMBWF 2023), in den die Unterrichtsprinzipien als übergreifende Themen eingeflossen sind und um drei Gegenstände ergänzt wurden. Damit soll die fächerübergreifende Kompetenzentwicklung im Hinblick auf drängende gesellschaftliche Fragen gefördert werden. Politische Bildung ist somit als übergreifendes Thema im allgemeinen Lehrplan für die Volksschule verankert, wodurch die curriculare Verbindlichkeit des Unterrichtsprinzips gestärkt wird. Darüber hinaus werden fünf konkrete Kompetenzziele für das übergreifende Thema Politische Bildung formuliert, die bis zum Ende der Grundschule erreicht werden sollen. Diese beziehen die Auseinandersetzung mit politischen Sachverhalten und gesellschaftlichen Fragestellungen genauso ein wie die eigenständige Urteilsbildung und das Erkennen von Handlungsoptionen. In den Fachlehrplänen werden ergänzend dazu Bezüge zu den übergreifenden Themen hergestellt, was für die politische Bildung auf alle Pflichtgegenstände und damit auch den Sachunterricht zutrifft.³ In diesem Zusammenhang stellt sich ebenfalls die Frage der fachspezifischen Professionalisierung der Lehrkräfte, die für die Umsetzung nachhaltiger politischer Lernprozesse fächerübergreifend aus-, fort- und weitergebildet werden müssen.

Damit rückt der Sachunterricht in den Blick, der in Österreich genauso wie in Deutschland und der Schweiz grundsätzlich als Kernfach für das politische Lernen anzusehen ist (vgl. von Reeken 2012). Die österreichische Volksschule umfasst vier Schuljahre und für jede Schulstufe sind jeweils drei Wochenstunden Sachunterricht vorgesehen. Da der neue Lehrplan schulstufenweise aufsteigend in Kraft tritt, ist die vollständige Implementierung erst im Schuljahr 2026/27 abgeschlossen und bis dahin der Sachunterrichtslehrplan von 2012 parallel gültig (BMUKK 2012). In diesem sind die Inhalte noch in sechs Erfahrungs- und Lernbereiche eingeteilt (Gemeinschaft, Natur, Raum, Zeit, Wirtschaft, Technik). Ein eigenständiger Erfahrungs- und Lernbereich politische Bildung ist nicht berücksichtigt; stattdessen werden Bezüge zum politischen Lernen vor allem in den

2 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung; https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/prinz/politische_bildung.html (Abrufdatum: 23.05.2023).

3 Politikbezogene Kompetenzen sollen in folgenden Fächern der Volksschule gefördert werden: Deutsch sowie Deutsch als Zweitsprache für außerordentliche Schüler*innen im Deutschförderkurs, Mathematik, Lebende Fremdsprache, Sachunterricht, Kunst und Gestaltung, Bewegung und Sport.

Erfahrungs- und Lernbereichen Raum und Gemeinschaft hergestellt. Dabei besteht insbesondere in Verbindung mit dem Bereich Gemeinschaft die Gefahr einer Verengung politischer Bildung auf das soziale Lernen. Ob politische Lernprozesse in Form von der eingangs skizzierten Mündigkeitsbildung (vgl. Kenner & Lange 2022, 23) initiiert werden, hängt vom individuellen Engagement der Sachunterrichtslehrkräfte ab.

Im neuen Lehrplan für den Sachunterricht, der im Schuljahr 2023/24 zunächst in der 1. Schulstufe eingeführt wurde, hat sich der Stellenwert politischen Lernens schon aufgrund der Verankerung als übergreifende Thematik grundsätzlich verbessert. In Anlehnung an die bisherigen Erfahrungs- und Lernbereiche werden zur Stärkung der Kompetenzorientierung sechs Kompetenzbereiche unterschieden. Dementsprechend wird der Erfahrungs- und Lernbereich Gemeinschaft von einem sozialwissenschaftlichen Kompetenzbereich abgelöst und damit erweitert. Ziel des Kompetenzbereichs ist es, „Schüler*innen die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Teilhabe an demokratischen Abläufen“ (BMBWF 2023) zu ermöglichen. Dennoch bleiben die Kompetenzbeschreibungen und Anwendungsbereiche insbesondere für die 1. und 2. Schulstufe auf Fragen des Zusammenlebens und den konstruktiven Umgang mit Konflikten, und zwar insbesondere auf der Ebene der Klassengemeinschaft, reduziert. Zwar können „Konflikte und Probleme aus der Lebenswelt der Kinder [...] für die Gestaltung von politischen Lehr-Lern-Prozessen nutzbar gemacht werden“ (Baumgardt 2022, 183), aber Sibylle Reinhardt (2009) hat auch nachgewiesen, dass sich soziales und politisches Lernen nicht kongruent zueinander verhalten und eine Diskrepanz zwischen privatem und öffentlichem Raum besteht. Damit eine Transformation von der Mikro- auf die Makroebene gelingt, muss bereits in der Primarstufe das Politische im sozialen Lernen und damit im Alltag von Kindern systematisch reflektiert werden.⁴

Erst für die vierte Schulstufe sind im neuen Sachunterrichtslehrplan dagegen Politik und Global Citizenship als Anwendungsbereiche fixiert, obwohl außer Zweifel steht, dass Politik zum „Erfahrungs- und Interessenshorizont von Kindern“ (Sander 2013, 125) gehört und echte politische Lernprozesse aus diesem Grund bereits im Vorschulalter beginnen sollten (vgl. Goll 2021). Dennoch geht diese curriculare Vorgabe in Verbindung mit der Berücksichtigung politikbezogener Handlungs- und Urteilskompetenz in der Kompetenzbeschreibung für die 4. Schulstufe deutlich über den Lehrplan von 2012 hinaus.

4 Diese Forderung leitet Alexander Wohnig (2018) aus dem Modellprojekt „Soziale Praxis & Politische Bildung – Compassion and Service Learning politisch denken“ ab, an dem Schüler*innen der Sekundarstufe beteiligt waren. Vergleichbare empirische Daten für die Primarstufe gibt es nicht. Da aber das soziale und politische Lernen in der Grundschule besonders nah beieinander liegen (Baumgardt 2022), erhält die Notwendigkeit zur politischen Reflexion eine besondere Relevanz, um eine entsprechende Verbindung herzustellen.

3 Politikbezogener Sachunterricht aus Lehrer*innenperspektive

Der Stellenwert politischer Bildung in der österreichischen Primarstufe gilt allgemein als nicht besonders hoch, was u. a. auf den Professionalisierungsbedarf hinsichtlich des politikbezogenen Sachunterrichts in der Lehrer*innenbildung zurückgeführt wird (vgl. Kühberger 2016; Mittnik 2016; Krösche 2020). Um politische Reflexionen mit Kindern fachspezifisch umzusetzen, braucht es politische und politikdidaktische Kompetenzen und damit mehr Unterstützung bei der Entwicklung der professionellen Handlungskompetenz von Primarstufenlehrer*innen. Eine gute Voraussetzung dafür ist, dass sich Lehramtsstudierende in Österreich aufgeschlossen gegenüber der Umsetzung politikbezogenen Lernens im Sachunterricht zeigen und in Bezug auf die Inhalte gesamtgesellschaftliche Grundfragen präferieren (vgl. Feyerer & Krösche 2022).

Detaillierte Daten zu den Ursachen für die Marginalisierung politischer Lernprozesse in der österreichischen Primarstufe liegen kaum vor. Zentrale Ergebnisse liefert bislang vor allem die quantitative Befragung von 201 Primarstufenlehrer*innen aus Wien aus dem Jahr 2014 (vgl. Larcher & Zandonella 2014). In dieser werden als zentrale Gründe für die Vernachlässigung der politischen Bildung von den Proband*innen die geringe Unterrichtszeit, die Gefahr der Vereinnahmung durch Parteipolitik, eine unzureichende Ausbildung und die Einschätzung, dass die Kinder zu jung seien, genannt.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch im Rahmen des Projektes „Transitionsprozesse in der historisch-politischen Bildung“ (TRANS-HPB), in dem der Wechsel vom historischen und politischen Sachunterricht in der Primarstufe zum Fachunterricht in der Sekundarstufe I untersucht wird. Zu diesem Zweck wurden in einem qualitativen Setting zwischen November 2021 und August 2022 leitfadengestützte Interviews u. a. mit Lehrer*innen der österreichischen Primarstufe (N = 26) in Tirol und Oberösterreich durchgeführt. Eine erste Sichtung des Datmaterials mithilfe einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) lässt Einblicke in die Vorstellungen der Volksschullehrer*innen hinsichtlich des Stellenwertes der politischen Bildung in der Primarstufe, der inhaltlichen und methodischen Ausrichtung politischen Lernens und der Befürchtungen in Verbindung mit dem politikbezogenen Sachunterricht zu.

Die Aussagen aus den Interviews beziehen sich auf den aktuell noch gültigen Sachunterrichtslehrplan von 2012. Daraus geht hervor, dass von den sechs Erfahrungs- und Lernbereichen dem Bereich Natur die größte Bedeutung zugemessen wird. Hier geht es zunehmend um Umweltbildung, ohne jedoch die damit verbundenen politischen Prozesse zum Lerngegenstand zu machen. Der Bereich Gemeinschaft spielt zwar aus Perspektive der befragten Lehrer*innen ebenfalls eine große Rolle, bleibt aber, wie PL10 es ausdrückt, „auf der seichten Ebene“. Insgesamt wurde die Relevanz des sozialen Lernens besonders für die ersten beiden Schuljahre betont

und wiederholt mit Zielen der Friedenserziehung verknüpft (z. B. PL03, PL09). Thematisiert werden vor allem das Zusammenleben in der Familie, Klassen- und Gesprächsregeln sowie Aufgaben in der Klasse. Einen zentralen Bestandteil bildet darüber hinaus die Bearbeitung von Konflikten, was aber ebenfalls auf der Ebene der Klassengemeinschaft bleibt und nicht politisch gewendet wird. Das trifft auch auf die häufig genannten Methoden Klassenrat und Klassensprecherwahl zu. Die Gestaltung der Lernprozesse erfolgt eher intuitiv (z. B. PL21) als unter fachdidaktischen Gesichtspunkten und politische Konflikte werden vom Klassenzimmer ferngehalten (PL09: *„politische Streitereien bleiben draußen vor der Tür“*).

Grundsätzlich nimmt Politisches im Sachunterricht wenig Raum ein (z. B. PL14, PL15, PL20) und wird zum Teil auch nicht als Aufgabe der Volksschule betrachtet, denn Kinder seien von Politik nicht betroffen (PL03: *„Politik betrifft sie nicht.“*). Im Gegensatz dazu gibt es Lehrer*innen, die es wichtig finden, dass vor allem soziales Lernen mehr Raum in der Primarstufe erhält (z. B. PL05) bzw. hat ein*e Interviewpartner*in sein*ihr Bedauern ausgedrückt, dass politische Bildung im Lehrplan nicht als eigenständiger Erfahrungs- und Lernbereich berücksichtigt wird (z. B. PL11).

Darüber hinaus sind in den durchgeführten Interviews Befürchtungen der Volksschullehrer*innen zur Sprache gekommen, welche politische Bildungsbemühungen im Sachunterricht blockieren. So äußert beispielsweise PL13, dass *„sich viele über die Themen nicht drüber traun“*. Einige Interviewpartner*innen haben in diesem Zusammenhang explizit von Ängsten gesprochen, so z. B. der *„Angst, zu polarisieren“* (PL24). PL15 erklärt dazu, dass man sich nicht darauf einlassen möchte, über Politik zu reden, weil man sich dann angreifbar mache. Ein*e Lehrer*in hat außerdem als Grund für die Marginalisierung des politikbezogenen Sachunterrichts offene Lernprozesse als Herausforderung identifiziert und sich dazu wie folgt geäußert:

„...ein bisschen die Angst, was kommt da...es ist einfacher ein Thema vorzubereiten wie der Igel, das Eichkätzchen, die Römer...das andere ist eher offen, also das kann man nicht so planen, glaube ich; auch diese Angst ein bisschen...und auch des net abschließen zu können...das Lehrertum hat ja auch so ein bissl dieses ich mach etwas und dann ist es vorbei und das muss ich irgendwie durch ein Test oder Prüfungen oder was auch immer erledigt haben. Das haben wir Lehrer so a bissl an sich und des ist einfach nicht wahr, des is nicht notwendig. Es muss nicht immer alles so ...und ich muss nicht überall immer Ergebnisse sichern, ich muss nicht immer Papier hinterher haben, sondern es darf auch einmal was offenbleiben.“ (PL24)

Diese Offenheit ist notwendig, um Lernende zu politischer Mündigkeit zu befähigen, wofür das subjektorientierte Bildungskonzept die Voraussetzung bildet.

4 Ergebnisoffene Lernprozesse als Herausforderung für den politikbezogenen Sachunterricht

Hermann Giesecke (1965, 20) hat „Politik als das noch nicht Entschiedene“ beschrieben, also als „etwas Offenes, Umstrittenes“. Daran kann die Forderung von Susann Gessner (2013, 87f.) angeschlossen werden, Politikunterricht als „unbeschriebenes Blatt“ zu denken, „um zum Kern des Politischen (zurück)kommen zu können, nämlich zu der Frage, wie Menschen ihr Zusammenleben gestalten wollen“. Sie verweist zurecht darauf, dass das Politische bereits im Klassenzimmer sitze, weil die Schüler*innen es selbst mit in den Unterricht bringen. Gessner (2013, 88) geht von Politik als „dynamischem Aushandlungsprozess zwischen Menschen“ aus. Dementsprechend müssen Schüler*innen „im Politikunterricht selbst zu Wort kommen“ und „ihre Sicht- und Denkweisen in den Fokus von Lern- und Bildungsprozessen“ gerückt werden (ebd.). Es gehe letzten Endes um die Selbstermächtigung der Lernenden, die inhaltliche Offenheit erfordert.

Die Gestaltung von politischen Lehr-Lernprozessen im Sachunterricht muss dementsprechend davon ausgehen, dass eine kritische Auseinandersetzung mit Gesellschaft, Politik und Wirtschaft grundsätzlich ergebnisoffen, wenn auch nicht beliebig ist, und im Unterricht Pluralität und Multiperspektivität zuzulassen sind. Im Sinne des Überwältigungsverbot es bedeutet das auch, dass niemand „zur Übernahme von demokratischen Werten überredet, gedrängt, überrumpelt oder gezwungen werden [darf]“ (Ammerer 2016, 19). Eine solche, an Mündigkeit orientierte Praxis ist in der Institution Schule, insbesondere der Primarstufe schon aufgrund bestehender hierarchischer Strukturen nicht selbstverständlich. Schüler*innen in die Planung und Reflexion von Lernprozessen einzubinden, kommt vielmehr in der Unterrichtspraxis immer noch zu kurz. Politisches Lernen als „unbeschriebenes Blatt“ zu initiieren, bedeutet, sich auf einen unsicheren Unterrichtsverlauf einzulassen und dazu bereit zu sein, sich von den Kindern überraschen zu lassen, also ihren „eigenwilligen Weltansichten, Denkwege[n] und Holzwege[n]“ (May 2021, 19) Raum zu geben. Zu diesem Zweck müssen Primarstufenlehrer*innen mit politischen und politikdidaktischen Kompetenzen ausgestattet werden, sodass sich eine konkrete Aufgabe für die Lehrer*innenbildung ableitet. Politische Bildung erfordert im Hinblick auf die österreichische Primarstufe eine stärkere fachdidaktisch-theoretische Fundierung und praxisnahe Verankerung in der Ausbildung. Es braucht vor allem handlungsorientierte Angebote, die auf motivational-affektive Merkmale der Professionalisierung wie die Selbstwirksamkeit von Studierenden zielen, um Vorbehalte und Unsicherheiten gegenüber politischen Lernprozessen abzubauen.

Literatur

- Achour, S. & Wagner, S. (2020): Ungleicher Zugang zur politischen Bildung: „Wer hat, dem wird gegeben“. Ergebnisse einer bundesweiten Studie zur politischen Bildung und Demokratiebildung an Schulen. In: *Die Deutsche Schule* 112 (2), 143-158. Online unter: <https://doi.org/10.31244/dds.2020.02.03> (Abrufdatum: 16.05.2023).
- Ammerer, H. (2016): Zum demokratiebildenden Umgang mit Werten, Normen und Gesetzen in jungen Lernaltern. In: *Informationen zur Politischen Bildung* (39), 16-25. Online unter: https://www.politischebildung.com/wp-content/uploads/izpb39_ammerer.pdf (Abrufdatum: 29.05.2023).
- Autorengruppe Fachdidaktik (2017): Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht (2. Aufl.). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Baumgardt, I. (2022): Politisches Lernen. In: I. Baumgardt & D. Lange (Hrsg.): *Young Citizens. Handbuch politische Bildung in der Grundschule*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 180-188.
- Baumgardt, I. & Lange, D. (2022): Einleitung. In: I. Baumgardt & D. Lange (Hrsg.): *Young Citizens. Handbuch politische Bildung in der Grundschule*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 12-15.
- Bundesgesetz vom 25. Juli 1962 über die Schulorganisation (Schulorganisationsgesetz – SchOG). StF: BGBl. Nr. 242/1962. Online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009265> (Abrufdatum: 23.05.2023).
- Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBF) (2015): Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzterlass 2015. GZ BMBF-33.466/0029-1/16/2015. Online unter: <https://rundschriften.bmbwf.gv.at/rundschriften/?id=700> (Abrufdatum: 16.05.2023).
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) (2023): Lehrplan der Volksschule. BGBl. II – Ausgegeben am 2. Jänner 2023 – Nr. 1. Online unter: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBlA_2023_II_1/Anlagen_0001_CE7F0AA2_A925_4A4D_8C3C_355D12BD22D1.pdfsig (Abrufdatum: 08.08.2023).
- Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) (2012): Lehrplan der Volksschule. BGBl. Nr. 134/1963 in der Fassung BGBl. II Nr. 303/2012 vom 13. September 2012. Online unter: https://www.bmbwf.gv.at/dam/jcr:b89e56f6-7e9d-466d-9747-fa739d2d15e8/lp_vs_gesamt_14055.pdf (Abrufdatum: 08.12.2023).
- Feyerer, J. & Krösche, H. (2022): Interesse, Einstellung, Themenfelder – Professionalisierungspotenziale des Lehramtsstudiums Primarstufe für politikbezogenes Lernen im Sachunterricht. In: *GDSU-Journal* (13), 61-71.
- Gerdes, J. (2021): Demokratiebildung. In: U. Bauer, U. H. Bittlingmayer & A. Scherr (Hrsg.): *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie*. Wiesbaden: VS, 1325-1350.
- Gessner, S. (2013): Kritische politische Bildung oder: Was brauchen Schüler und ihre Lehrer? Ein Essay. In: B. Widmaier & B. Overwien (Hrsg.): *Was heißt heute Kritische Politische Bildung?* Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 86-90.
- Giesecke, H. (1965): *Didaktik der politischen Bildung*. München: Juventa.
- Goll, T. (2021): Keine Tabula rasa – political Literacy von Vorschulkindern. In: H. Krösche (Hrsg.): *Politisches Denken und Handeln unter veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen fördern. Pädagogische Horizonte* 5 (1), 1-10. Online unter: <https://paedagogische-horizonte.at/index.php/article/view/108/91> (Abrufdatum: 26.05.2023).
- Kenner, S. & Lange, D. (2019): „Wir bestimmen mit!“ Demokratie erfahrbar machen. In: *Die Grundschule* (9), 6-10.
- Kenner, S. & Lange, D. (2022): *Young Citizens – Das Politische an der politischen Bildung*. In: I. Baumgardt & D. Lange (Hrsg.): *Young Citizens. Handbuch politische Bildung in der Grundschule*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 18-27.

- Krammer, R. (2008): Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 29, Innsbruck, Bozen & Wien. Online unter: <https://proxy-28.nibis.de/uploads/2medfach/files/Krammer-Kompetenzmodell.pdf> (Abrufdatum: 08.12.2023).
- Krösche, H. (2020): Die Sicht der Kinder ins Zentrum rücken. Zum Stellenwert des politischen Lernens in der österreichischen Primarstufe. In: M. P. Haarmann, S. Kenner & D. Lange (Hrsg.): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung. Wiesbaden: VS, 233-249.
- Kühberger, C. (2016): Politische Bildung in der Primarstufe – Voraussetzungen, Grundlagen, Zukunft – Eine österreichische Perspektive. In: P. Mittnik (Hrsg.): Politische Bildung in der Primarstufe – Eine internationale Perspektive. Innsbruck, Wien & Bozen: StudienVerlag, 41-57.
- Larcher, E. & Zandonella, M. (2014): Politische BildnerInnen 2014. Politische Bildung in Volksschulen und Schulen der Sekundarstufe 1 in Wien. Online unter: https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2014_SORA-Endbericht_Politische_BildnerInnen.pdf (Abrufdatum: 26.05.2023).
- May, M. (2021): Haltung ist keine didaktische Strategie! – Zu einem Missverständnis im Kontext der Demokratiebildung. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik 70 (1), 17-21.
- Mayring, P. (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (13., überarb. Aufl.). Weinheim & Basel: Beltz.
- Mittnik, P. (2016): Politische und gesellschaftliche (Basis)Vorstellungen von Wiener VolksschülerInnen. Ergebnisse einer empirischen Studie. In: P. Mittnik (Hrsg.): Politische Bildung in der Primarstufe – Eine internationale Perspektive. Innsbruck, Wien & Bozen: StudienVerlag, 23-40.
- Reinhardt, S. (2009): Ist soziales Lernen auch politisches Lernen? Eine alte Kontroverse scheint entschieden. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik 58 (1), 119-125.
- Sander, W. (2022): Geschichte der politischen Bildung: In: W. Sander & K. Pohl (Hrsg.): Handbuch politische Bildung (5., vollst. überarb. Aufl.). Frankfurt a. M.: Wochenschau, 13-28.
- Sander, W. (2013): Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung (4. Aufl.). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- von Reeken, D. (2012): Politisches Lernen im Sachunterricht. Didaktische Grundlegungen und unterrichtspraktische Hinweise (2. Aufl.). Baltmannsweiler: Schneider.
- Wohnig, A. (2018): Zur Notwendigkeit, das Politische im sozialen Lernen zu reflektieren – Bausteine einer Didaktik zur Verbindung von sozialem und politischem Lernen. In: M. Fricke, L. Kuld & A. Sliwka (Hrsg.): Konzepte sozialer Bildung an der Schule. Compassion – Diakonisches Lernen – Service Learning. Münster & New York: Waxmann, 219-237.

Autorin

Krösche, Heike, Dr.

Universität Innsbruck